

Was heißt eigentlich „Zeitenwende“? – Vorschläge in 12 Thesen

Am 24.02.2022 haben russische Truppen auf breiter Front die Ukraine überfallen. Bundeskanzler Olaf Scholz hat dies im Deutschen Bundestag am 29.02.2022 eine „Zeitenwende“ genannt und dafür viel Zustimmung bekommen. Warum diese Wortwahl? Was hat sich grundsätzlich und dauerhaft verändert? Die Rückkehr des Krieges als Mittel der Politik? Krieg war seit dem Ende des Kalten Krieges auf der Welt nicht seltener geworden und viele Länder waren daran beteiligt, auch Deutschland. Krieg in Europa? Krieg wurde in den 90’er Jahren in Jugoslawien mitten in Europa geführt. Grausamkeit gegenüber der Zivilbevölkerung? Das mussten – ein einziges Beispiel von allzu vielen – auch die Menschen in Aleppo erleiden. Wer unbefangen auf die Fakten blickt, kann nur feststellen: Eine „Zeitenwende“ gibt es allenfalls in den Köpfen. Das ist einerseits nichts Geringes. Denn es ist wünschenswert und erforderlich, in der vor uns liegenden Zeit klarer als in den zurückliegenden Jahren ohne Illusionen, Täuschung und Selbsttäuschung auf die Welt zu blicken und daraus Schlüsse für politisches Handeln zu ziehen. Andererseits wird bei einer Verortung der Zeitenwende in den Köpfen verständlich, warum in anderen Teilen der Welt der 24.02.2022 nicht als so tiefer Einschnitt gesehen wird: dort wird die Welt nicht mit unseren Augen gesehen. Auf die Perspektive, dass sich weniger die Welt als vielmehr der in Deutschland vorherrschende Blick darauf verändert haben, verweist auch, dass die folgenden zwölf Thesen zu Beginn weitgehend bruchlos Feststellungen zum Verständnis der internationalen Politik mit einbeziehen können, die ich bereits 1995 veröffentlicht habe.

1. Ent-Täuschung internationale Rechtsgemeinschaft

„Die Gestaltung der internationalen Beziehungen wird von unterschiedlichen Anschauungen und Modellvorstellungen geprägt. Grundsätzlich lassen sich zwei Ansätze unterscheiden: Der eine sieht die Welt als internationale Rechtsgemeinschaft, die bisher immer nur unvollkommen verwirklicht wurde. Der andere sieht die Welt als Arena des Ringens um Einflussbereiche, die bisher nie dauerhaft in einem Gleichgewicht der Kräfte ausbalanciert werden konnten.

Aus der Vorstellung von der ‚Einen Welt‘ der internationalen Rechtsgemeinschaft heraus wurden Völkerbund und UNO konzipiert. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion schien die Stunde gekommen, nach diesem Leitbild die internationale Ordnung neu zu gestalten. Die neue russische Führung wollte ihr Verhältnis zu den USA und deren Verbündeten neu definieren und auch China und andere hielten es für besser, nicht gänzlich abseits zu stehen.

In der Eine-Welt-Euphorie wurden nicht nur praktische Schwierigkeiten und verdeckte Widerstände übersehen, sondern auch drei grundsätzliche Probleme:

- Zur Vorstellung einer ‚internationalen Rechtsgemeinschaft‘ passen keine Ausnahmen; sie muss weltweit anerkannt sein oder durchgesetzt werden. Ein System der Einflussbereiche dagegen besteht eigentlich schon, wenn im Einzelfall ein Staat erfolgreich den Anspruch stellt, in einer internationalen Angelegenheit nach eigenem Gutdünken und nicht nach den Regeln der internationalen Rechtsordnung zu handeln.
- Zur Vorstellung einer ‚internationalen Rechtsgemeinschaft‘ gehören Anforderungen an die innere Ordnung der Staaten, zumindest bezüglich der Achtung der Menschenrechte und der Demokratie. In einen Einflussbereich kann dagegen ein Staat ohne Rücksicht auf seine innere Ordnung eingebunden sein.
- Zur Vorstellung einer ‚internationalen Rechtsgemeinschaft‘ gehören das ‚Gewaltmonopol‘ der zusammengeschlossenen Staatengemeinschaft und ein ‚ewiger Landfriede‘, das heißt die Verpflichtung für alle Staaten, nicht für eigene Ziele, sondern nur zur Verteidigung der internationalen Rechtsordnung zu den Waffen zu greifen. Einflussphären dagegen müssen nicht prinzipiell Krieg als Mittel der Politik, sondern nur einen gegen sie gerichteten Krieg ausschließen.

Daraus folgt, dass die internationalen Beziehungen durch ständiges Bemühen bewusst zur Rechtsgemeinschaft gestaltet werden müssen. Andernfalls entwickelt sich gleichsam automatisch ein System von Einflussphären.“¹

2. Ent-Täuschung „Gemeinsames Haus Europa“

Der letzte KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow hatte das „gemeinsame Haus Europa“ beschworen und die Erwartung geweckt, Russland wolle für die „Hausordnung“ gemeinsam mit den anderen Staaten Europas als Gleicher unter Gleichen Verantwortung mit übernehmen. Angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse hing die Antwort auf die Frage, ob die Welt als internationale Rechtsgemeinschaft aufgefasst und gestaltet werden kann – den Willen der westlichen Demokratien vorausgesetzt, alles ihnen Mögliche dafür zu tun – nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zunächst entscheidend von der inneren Entwicklung in Russland ab. Dieser Umstand machte die Bedeutung des nationalpopulistischen Politikers Schirinowski und des überraschend starken Abschneidens seiner Partei bei den halbwegs freien Wahlen in Russland in den 90’er Jahren aus. Aus seinen mitunter wirren politischen Erklärungen stach von Anfang an eine Botschaft heraus: Aufschwung für Russland durch Wiederbelebung seiner imperialen Ansprü-

¹ Erster Teil von „Ent-Täuschung und Ermutigung“, Civis, Ausgabe 1/95, S. 49

che, Wiederaufbau einer russischen Einflussosphäre. Selbst russische Reformpolitiker sprachen bald vom „nahen Ausland“, in dem Russland eine Ordnungsfunktion habe. Im Tschetschenien-Konflikt stand Schirinowskis Partei, im Gegensatz zu den Reformern, geschlossen hinter der Feldzugspolitik. Der Widerspruch vieler Russen gegen diesen Krieg andererseits, gegen die Menschenrechtsverletzungen und die Missachtung eingegangener völkerrechtlicher Pflichten, setzte Zeichen der Hoffnung.

Die Kriege beim Zerfall Jugoslawiens dokumentierten schon kurz nach dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts, dass mit dessen Ende die Schwierigkeiten des Aufbaus einer „internationalen Rechtsgemeinschaft“ nicht aus der Welt geschafft waren. Das hatte viele Gründe. Zu den wichtigsten gehören wohl:

- Die Unklarheit, wie im Einzelfall ein Widerspruch zwischen Grundprinzipien der internationalen Rechtsordnung aufgelöst werden soll – hier dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ und der „Unverletzlichkeit von Staatsgrenzen“. Die komplexe und fragile innere Ordnung Bosnien-Herzegowinas ist das Ergebnis des Versuchs, 1995 im Dayton-Abkommen, das den Krieg dort beendete, diese Problematik aufzugreifen und aufzulösen.
- Die Widersprüchlichkeit, mit der sich die Wünsche und Versprechungen für eine alle befriedigende Beendigung des Konflikts einerseits und die Mittel zur Durchsetzung einer solchen Friedensordnung andererseits gegenüberstanden. Die eingesetzten Mittel – Embargomaßnahmen und Blockaden, UNO-Soldaten u. a. – erreichten das Ziel lange nicht, für eine Friedensordnung zu sorgen. Wegen des Vorgehens Serbiens gegen die albanische Mehrheit im damals zu Serbien gehörenden Kosovo kam es noch 1999 zu einem Krieg, in dem die NATO die kosovarische Befreiungsbewegung unterstützte.
- Das Zögern, wesentliche Konfliktursachen klar zu benennen. Ein Vergleich der Zerfallsprozesse in Jugoslawien, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei zeigte, dass deren Verlauf entscheidend von der inneren Ordnung des größten der bisherigen Teilstaaten abhing. Die Milosevic-Diktatur in Serbien war die entscheidende Ursache für die Kriege in Jugoslawien in den 1990’er Jahren. Freedom House führte in seinem Report 1993/1994 Serbien als unfrei, Kroatien, die Slowakei, Russland und auch die Ukraine als „teilweise frei“ – mit einem kleinen Vorsprung für Russland auf dem Weg zur Einstufung als „frei“ – sowie die tschechische Republik und Slowenien als frei. Seit der ersten Amtszeit von Präsident Putin hat sich das Verhältnis der Entwicklung in Russland und der Ukraine umgekehrt. Seit 2005 wird Russland als „unfrei“ geführt, die Ukraine bis heute als „teilweise frei“.

In den Konflikten zwischen Serbien und den anderen Teilrepubliken des zerfallenden Bundesstaats Jugoslawien verband sich die russische Außenpolitik bis zu deren Ende nach Massenprotesten 2000 eng mit der Milosevic-Diktatur. Mit seiner Entscheidung für Einflussphären-Politik verfestigte Russland – ob Deutschland und der „Westen“ das nun wollten oder nicht – die Entwicklung von „Blöcken“. Während damals für die Möglichkeit, eine „internationale Rechtsgemeinschaft“ zu gestalten, die innere Entwicklung in Russland entscheidend war, so kam es für die Antwort auf die Frage, ob und wie die von Russland betriebene Blockbildung in einem Gleichgewicht der Kräfte ausbalanciert werden konnte, ganz zentral auf die staatliche Unabhängigkeit der Ukraine und Weißrusslands von Russland an.²

3. Selbstbehauptung des „Westens“ als der „freien Welt“

„Die Entwicklung der Lage in Russland und das Scheitern der Weltgemeinschaft im ehemaligen Jugoslawien haben für die Konzeption und die Prioritäten deutscher Außenpolitik grundlegende Folgen:

- Deutschland muss sich und alle die Staaten, mit denen es durch gemeinsame Wertvorstellungen verbunden ist, als Einflussphäre verstehen, als eines von mehreren Interessenbündnissen beziehungsweise ‚Blöcken‘, und nicht nur als Keimzelle der ‚internationalen Rechtsgemeinschaft‘.
- Für die Chance, einmal eine ‚internationale Rechtsgemeinschaft‘ zu errichten, kommt es entscheidend auf die Lebenskraft, die Stabilität und Attraktivität der westlichen Wertegemeinschaft an – wofür der Europäischen Union eine Schlüssel- und Vorbildrolle zukommt. Die bedrückende Erkenntnis, dass die westliche Wertegemeinschaft für eine weltweite Menschenrechtspolitik zu schwach ist – mit dieser Zielvorstellung also immer wieder in Misserfolge, Widersprüche und als faul empfundene Kompromisse verwickelt werden wird – darf uns weder daran hindern, Wahrheiten klar auszusprechen, noch daran, das für die Sicherheit ‚unseres Blocks‘ Erforderliche zu tun.
- Die westliche Wertegemeinschaft muss die hierfür notwendigen Soldaten und deren Ausrüstung einsatzbereit halten, ihre technologische Position auch bei der Rüstung behaupten und ihre Institutionen, vor allem die NATO, eigenständig handlungsfähig halten. Die UNO oder die OSZE können humanitäre Bemühungen initiieren und koordinieren und bieten Foren, auf denen alle Beteiligten, große und kleine Staaten, von Gleich zu Gleich miteinander sprechen können – was wichtig ist, um Konflikte friedlich zu lösen und gemeinsame Regeln zu entwickeln, aber oft nicht ausreichend, um den Frieden zu sichern. Auf eine internationale Organi-

² Gekürzte und aktualisierte Fassung des zweiten Teils von „Ent-Täuschung und Ermutigung“, Civis, Ausgabe 1/95, S. 49 f.

sation ohne das verbindende Element gemeinsamer Werte und gemeinsamer Interessen ist in Krisen kein Verlass.“³ Praktisch bedeutsamer als Bemühungen um eine europäische Armee wären dabei Bemühungen um ein europäisch eng abgestimmtes Rüstungsbeschaffungswesen, das enorme Effizienzgewinne verspräche.

Hunger und Armut, Migration, Artensterben, Klimawandel – das sind vier Beispiele für große Probleme, bei denen nur mit gemeinsamen weltweiten Kraftanstrengungen die Chance einer Lösung besteht. Deutschland und der „Westen“ haben ein großes Interesse daran, dazu einen engagierten Beitrag zu leisten. Das Ziel bleibt eine regelbasierte Weltordnung mit starken internationalen Institutionen für friedliche Konfliktbeilegung, Gesundheit, Entwicklung, Handel, Umwelt und Klimaschutz und vieles mehr. Solange und soweit dies nicht erreicht ist, werden Deutschland und der „Westen“ einerseits von außen als eine Einflussosphäre von mehreren angesehen oder zumindest dargestellt und müssen andererseits auch tatsächlich so agieren, soweit das erforderlich ist, um ihre innere Ordnung zu verteidigen und Rechtsstaat, Pressefreiheit, eine marktwirtschaftliche Ordnung und Demokratie lebendig zu halten. Deutschland und der „Westen“ müssen und werden dabei gleichzeitig aufmerksam zuhören und jedem die Hand reichen, der sich an Zusammenarbeit zur Lösung der Weltprobleme beteiligt.

4. Ent-Täuschung „Ende der Geschichte“

Die Zukunft ist offen. Es gibt kein Ende der Geschichte. Es ist möglich, aber nicht sicher, dass sich Rechtsstaat, Pressefreiheit, marktwirtschaftliche Ordnung und Demokratie behaupten und irgendwann weltweit durchsetzen. Es ist möglich, aber nicht sicher, dass Rechtsstaat, Pressefreiheit, marktwirtschaftliche Ordnung und Demokratie Rückschläge erleiden wie in den letzten 25 Jahren nicht nur in Russland oder gar ganz von der Weltkarte verschwinden. Starke Kräfte arbeiten darauf hin. Der Weg zu Rechtsstaat, Pressefreiheit, marktwirtschaftlicher Ordnung und Demokratie ist überall lang und voller Kämpfe und Rückschläge gewesen. Rechtsstaat, eine freie Presse, eine marktwirtschaftliche Ordnung und Demokratie sind keine Exportartikel, die einem Land von außen übergestülpt werden können. Zwar wollen so gut wie alle Menschen sich in Sicherheit und ohne Furcht fühlen, in gesunder Umwelt unter als sozial gerecht empfundenen Umständen leben, ihr Leben selbst in die Hand nehmen, nach ihrem Glück streben, respektiert und gerecht regiert werden. In diesem Sinn sind die vom „Westen“ vertretenen Wertvorstellungen bei aller Unterschiedlichkeit konkreter Ausprägungen letztlich doch universell. Dass in Sicherheit und ohne Furcht zu leben bedeutet, in Frieden und Freiheit leben zu können, ist nach aller Erfahrung den Menschen meist gerade dort bewusst, wo sie nicht in Freiheit leben können. Der

³ Dritter Teil von „Ent-Täuschung und Ermutigung“, Civis, Ausgabe 1/95, S. 50 f.

Wunsch nach Rechtsstaat, einer freien Presse, marktwirtschaftlicher Ordnung und Demokratie bricht sich deshalb Bahn, sobald die Umstände es zulassen. In jedem Land muss dabei aber ein eigenständiger Weg gefunden werden.

5. Ent-Täuschung Gewicht des „Westens“ und der „freien Welt“

„Deutschlands Lage in der Mitte Europas und Deutschlands intensive weltwirtschaftliche Verflechtung haben zur Folge, dass eine Weltordnung der ‚internationalen Rechtsgemeinschaft‘ das ist, was eigentlich dem deutschen Interesse entspräche. Wir sind aber, auch gemeinsam mit unseren Partnern, zu schwach, eine solche ‚neue Weltordnung‘ durchzusetzen. Solange die Staatengemeinschaft nicht aus allgemeiner Einsicht in deren Vorteile für die Zukunft der Menschheit zu einer ‚internationalen Rechtsgemeinschaft‘ zusammenwächst, sind wir darauf verwiesen, die gewachsene Partnerschaft in der westlichen Wertegemeinschaft auszubauen.“⁴

Transparenz, Ehrlichkeit und Realismus hinsichtlich ihres Gewichts in der Welt müssen die Gestaltung aller auswärtigen Beziehungen in Deutschland und im „Westen“ insgesamt prägen. Ehrlich und realistisch müssen dabei gerade auch die eigenen Ansprüche an die Rolle Deutschlands und des „Westens“ in der Welt sein. Deutschland liegt unter den Staaten der Welt mit gut 1% der Weltbevölkerung auf Platz 17 und hinsichtlich der Fläche auf Platz 62. Mit neun Staaten hat es gemeinsame Landgrenzen und nur einen schmalen Zugang zu den Weltmeeren. Im „Westen“ insgesamt – den Mitgliedern von NATO und EU, Japan, Australien und einigen weiteren – leben rund 14% der Weltbevölkerung auf gut 20% der Landfläche und mit sehr gutem Zugang zu den Weltmeeren. Die unterschiedlichen demographischen Entwicklungen werden den Bevölkerungsanteil des derzeitigen „Westens“ weiter sinken lassen. China und Indien haben jeweils allein eine größere Bevölkerung als der „Westen“ insgesamt. Gewiss ist das wirtschaftliche Gewicht des „Westens“ deutlich größer, die Länder des Westens erwirtschaften kaufkraftbereinigt rund 40% des Weltbruttosozialprodukts. Beim „Human Development Index“ findet sich unter den 10 erstplatzierten Ländern nur eines, das nicht zum „Westen“ zählt: Hongkong. Dass Hongkong hier – noch – vor China liegt, dürfte daran liegen, dass es aus historischen Gründen dem „Westen“ – noch – ähnlicher ist. Das Argument des größeren Wohlstands und der größeren Wohlfahrt kann hier allerdings nur mit zwei Erläuterungen in die Waagschale geworfen werden:

- Einerseits muss diese Stellung als vorläufig verstanden werden, denn nach den vom „Westen“ vertretenen Vorstellungen von Gerechtigkeit sollte der Unterschied zwischen der Stellung eines Landes nach Wirtschaftskraft und nach Bevölkerungszahl so klein wie möglich sein.

⁴ Schluss von „Ent-Täuschung und Ermutigung“, Civis, Ausgabe 1/95, S. 51

- Andererseits sind die vom „Westen“ vertretenen Wertvorstellungen von Rechtsstaat, Pressefreiheit, marktwirtschaftlicher Ordnung und Demokratie – so umstritten das ist – wohl doch zentrale Ursachen seines Vorsprungs in Hinsicht Wohlstand und Wohlfahrt. In diese Richtung könnte der Umstand weisen, dass die Phase, in der die Wachstumsraten der aufholenden Volkswirtschaft China zwar immer noch beeindruckend, aber nicht mehr zweistellig sind, zeitlich eng zusammenfällt mit der Phase, in der die Partei- und Staatsführung – symbolisiert durch die Übernahme der Macht durch Präsident Xi Jinping und deren Ausbau und Verstetigung – wieder stärker auf Kontrolle als auf Freiräume der Bürgerinnen und Bürger setzt.

Angesichts der Dringlichkeit der Weltprobleme – genannt seien wiederum Klimawandel, Artensterben, Migration, Armut und Hunger – haben alle Staaten ein Interesse an weltweiter Kooperation. Die Ordnungsvorstellungen von einer regelbasierten Gestaltung der internationalen Beziehungen und der weltweiten Geltung der grundlegenden Menschenrechte mögen auf universell erstrebenswerten Werten beruhen und im wohlverstandenen Interesse aller Menschen liegen. Sie mögen durch Völkerrecht sowie die Vereinten Nationen und ihre Unter- und Nebenorganisationen bereits weltweit eine beachtliche Wirkung entfalten – von der Haager Landkriegsordnung bis hin zum Klimaschutz-Übereinkommen von Paris. Sie mögen einen Rahmen dafür geschaffen haben, dass im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung in den letzten drei Jahrzehnten hunderte Millionen Menschen der Armut entkommen sind und die Verwirklichung der Weltentwicklungsziele große Schritte vorangekommen ist. All dies ist meines Erachtens der Fall. Dennoch kann der „Westen“, der nach eigenem Anspruch in besonderer Weise für diese Ordnungsvorstellungen eintritt, als ein Siebtel der Weltbevölkerung deren Geltung auf keinem anderen Weg als dem der Überzeugung und der ausgestreckten Hand der Kooperations- und Unterstützungsbereitschaft Schritt für Schritt weiter zum Durchbruch verhelfen.

6. Der Kalte Krieg ist von gestern – Abschreckung auch für heute und morgen
Russland verfügt über ein strategisches Atomwaffenarsenal, das in Relation zu dem der USA ungefähr dem der früheren Sowjetunion entspricht. Trotzdem wäre es falsch, die gegenwärtige Lage als Wiederkehr des Kalten Krieges zu deuten. Die Vorstellung einer bipolaren Weltordnung mit den Führungsmächten USA und Sowjetunion war schon im Kalten Krieg eine Vereinfachung, heute wäre das eine irreführende Missdeutung. Dass es eine bipolare Weltordnung nicht gibt, veränderte natürlich auch Rolle und Selbstverständnis der USA. China ist nicht nur wirtschaftlich, sondern gerade auch militärisch weitaus bedeutsamer als damals, verstärkt nicht zuletzt massiv seine atomare Bewaffnung, will bis 2049 die Volksbefreiungsarmee zu einer Weltklassearmee aufgestockt und die USA aus ihrer zentralen Rolle in der Weltordnung verdrängt haben. Auch Indiens Bedeu-

tung – nicht nur als bald bevölkerungsreichstes Land der Welt – ist gewachsen. Russland ist im Segment der substrategischen Atomwaffen in Eurasien und weltweit die überlegene Macht. Dennoch haben weder Russland noch China oder Indien heute eine der Sowjetunion damals vergleichbare Stellung im globalen Wettstreit der Mächte. Die Grenzen des sowjetischen Einflussbereichs in Eurasien reichten von Sachalin im Osten bis mitten in Deutschland im Westen. Heute schließt die NATO das Baltikum, Polen, die Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien mit ein. Die Ukraine tritt mit herausragender Geschlossenheit, Entschlossenheit und Opfermut dem Anspruch des Putin-Regimes entgegen, sie wieder in ein russisch dominiertes Imperium einzugliedern. Hier bricht die Politik des russischen Regimes im Verhältnis zweier Völker jahrhundertealte Brücken ab, hebt tiefe Gräben aus und isoliert Russland von allen seinen Nachbarn. Krieg und die Drohung mit Krieg machen Angst. Bei Menschen, die selbst schon Krieg erleben mussten, werden schreckliche Erinnerungen wach. Wie kann besser für Vertrauen in eine sichere Zukunft gesorgt werden? Indem kurzfristig die Ukraine mit den Waffen unterstützt wird, die sie zur Abwehr des Überfalls braucht, und die Bundeswehr mittelfristig besser ausgerüstet wird – oder indem keine Waffen geliefert werden und abgerüstet wird? Was reizt eine Diktatur wie das Russland Präsident Putins eher zu weiteren Überfällen – Abschreckung, die sie als Provokation deutet oder Zurückhaltung, die sie als Beschwichtigung missversteht? Abschreckung ist zielführender als Beschwichtigung, denn keine politische Führung ist völlig monolithisch. In Demokratien ist das augenfällig, in Diktaturen aber hinter der Abschottung nicht anders. Überall gibt es besonnenere und vernünftiger Köpfe einerseits, auftrumpfendere und unvernünftiger andererseits. Der Hinweis auf die Abschreckungsmittel der Gegenspieler ist das entscheidende Argument für den vernünftigeren Teil einer politischen Führung in der internen Auseinandersetzung mit deren unvernünftigerem Teil. Wenn wir auf Abschreckungsmittel verzichten, stärken wir die Hitzköpfe und Kriegstreiber in einem System wie der gegenwärtigen russischen Führung. Dann gibt es umso mehr Grund, Angst zu haben. Zeigen wir uns dagegen wehrhaft, stärken wir die Besonnenen in Russland. Jede an die Ukraine gelieferte Waffe ist ein Argument für diejenigen in der russischen Führung, die den Krieg beenden wollen. Das verbessert unsere Chance, weiter ohne Angst und in Sicherheit leben zu können.

7. Austausch und Verflechtung ohne Schaden für die „freie Welt“

Auf der Suche nach überzeugenden Konzepten zur Beeinflussung einer Diktatur von außen wurden nicht erst seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Pakts in Deutschland und im „Westen“ viele Ansätze erwogen, entwickelt und in kleinen Ansätzen auch erprobt. Die „Farbrevolutionen“ in Georgien 2003, in Kirgisien 2005 und in der Ukraine 2004 und 2014 verweisen nicht auf einen solchen Ansatz. Sie waren nicht wegen Unterstützung oder Anleitung

von außen aus dem „Westen“ erfolgreich – auch wenn die politischen Führungen Russlands und Chinas das behaupten, um ähnliche Befreiungsbewegungen als Agenten des Auslands zu diskreditieren.

Zwei der Ansätze des „Westens“ will ich hier in Schlagworten nennen:

- Erstens den mit dem Schlagwort „Deutschlands Sicherheit am Hindukusch verteidigen“ bezeichneten Einsatz militärischer Mittel zur Befriedung eines Krisenherds gemeinsam mit und gestützt von möglichst vielen anderen Staaten. Im Falle Afghanistan hat er das Ziel erreicht, dass von dort keine Terrorgefahr für Deutschland und den „Westen“ ausging, solange er dauerte. Als militärisch geschützte Entwicklungsförderung zum nachhaltigen Aufbau eines stabilen Staatswesens, das seinen Weg zu Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit, einer marktwirtschaftlichen Ordnung und Demokratie geht, ist der Einsatz gescheitert – die Schritte auf diesem Weg wurden in Afghanistan nach dem Abzug der ausländischen Truppen weitgehend rückgängig gemacht.
- Der mit den Schlagworten „Wandel durch Handel“ oder „Wandel durch Verflechtung“ benannte Ansatz zweitens, durch immer engere wirtschaftliche Austauschbeziehungen das allseitige Interesse an friedlichem Konfliktaustrag zu fördern, weil die Opportunitätskosten militärischer Konfrontation wachsen, und durch die mit wirtschaftlicher Verflechtung verbundenen Kontakte eine Öffnung von Politik und Gesellschaft zu erreichen, gilt seit Putins Befehl zum Überfall auf die Ukraine zumindest im Fall Russlands als gescheitert. Wo vorher zu viel Blauäugigkeit war, ist jetzt sehr viel Katzenjammer.

Der strategische Ansatz, durch Verflechtung mit Russland – also durch Gespräche, Partnerschaften und Zusammenarbeit auf vielen Ebenen, Handel und wechselseitige Investitionen – alle diejenigen dort zu stärken, die ein Interesse an Frieden, Rechtsstaat, Pressefreiheit, marktwirtschaftlicher Ordnung und Demokratie haben, war und ist nicht falsch – im Gegenteil, er gehört auch in Zukunft in den Instrumentenkasten. Gerade die Russlandpolitik Deutschlands allerdings erscheint heute mindestens fragwürdig – im Wortsinn, es sollten nicht nur offensichtliche Fehleinschätzungen eingestanden, sondern es müssen Ziele, Konzepte und Ergebnisse gründlich und kritisch geprüft werden:

- Fragwürdig war es erstens, sich im Verhältnis zu Russland und seiner gegenwärtigen politischen Führung in einer Sonderrolle zu fühlen und besondere Gesprächskanäle für sich zu reklamieren. Je geschlossener Deutschland und der „Westen“ gemeinsame Positionen vertreten, desto größer ist die Chance, mit Austausch und Verflechtung Anreize für Kooperation statt Konfrontation zu setzen. Jetzt kommt es darauf an, den Kontakt gerade mit Menschen zu suchen, die aus Kritik am gegenwärtigen Regime Russland verlassen.

- Fragwürdig war es zweitens, einseitig auf den Ansatz „Wandel durch Handel“ zu setzen und den Ausbau und die Einsätze der Militärmacht Russlands als Randerscheinung zu behandeln. Deutschland hätte früher und nachdrücklicher seinen Beitrag dazu leisten müssen, ausbalancierende Gegengewichte zur Militärmacht Russlands zu schaffen – und weit vor dem Handstreich gegen die Krim beginnen, seinen Verteidigungshaushalt wieder zu erhöhen. Jetzt muss die Bundeswehr zu einem substantiellen Beitrag zur Bündnisverteidigung an der NATO-Ostgrenze befähigt werden.
- Fragwürdig war es drittens, Fortschritte und Rückschläge bei der Verfolgung dieses strategischen Ansatzes nicht transparent zu bewerten und öffentlich erkennbar anzusprechen. Seit Jahren haben Willkürurteile in Russland zugenommen, werden bürgerliche Rechte abgebaut, die Zivilgesellschaft eingeschränkt und deren Kontakte ins westliche Ausland kriminalisiert. Wenn – als wenige Beispiele – die Scheinermittlungen nach den Morden an der Journalistin Politkowskaja und dem Oppositionspolitiker Nemzow, die Verurteilungen des Energiekonzern-Chefs Chodorkowskij und des Rechtsanwalts Nawalny sowie die gerichtliche Auflösung der Vereinigung Memorial auf Anweisung des Kreml erfolgten, entlarvt das die Justiz Russlands als Willkürinstrument der politischen Führung. Aber die Lage der Rechtsstaatlichkeit in Russland wäre nicht besser, wenn es einer Anweisung im Einzelfall für solche Unrechtsurteile gar nicht bedurft hätte. Jetzt kann kein Zweifel mehr daran bestehen, dass die gegenwärtige russische Führung die Werte nicht nur fundamental ablehnt, sondern auch aktiv bekämpft, die Deutschland und der „Westen“ vertreten.
- Fragwürdig war es viertens, einzelne Aspekte von Austausch und Verflechtung mit Russland unter seiner gegenwärtigen politischen Führung zu „rein wirtschaftliche Angelegenheiten“ zu erklären oder gar zu glauben, sie so behandeln zu können. Im Verhältnis mit einer weitgehend staatlich gelenkten Wirtschaft und Gesellschaft ist jedes Geschäft und jeder Kontakt politisch, dessen müssen sich auch alle Handel treibenden, investierenden oder Produktionsstätten unterhaltenden Unternehmen bewusst sein. Kein Geschäft mit einem Land wie Russland kann und darf nur durch eine ökonomische Brille betrachtet werden. Jetzt müssen alle Geschäfte unterbleiben, die die Machtmittel der gegenwärtigen russischen Führung stärken würden.
- Fragwürdig war es fünftens, zu wenig darauf zu achten, dass bei den Austauschbeziehungen mit Russland keine eigenen Abhängigkeiten entstehen. Die 55%-Abhängigkeit von Gas aus Russland ist das prominenteste Beispiel. Insofern dabei Nordstream 2 ein Fehler war, war auch schon Nordstream 1 ein Fehler – das Gazprom der zögernden deutschen Energiewirtschaft aufdrängte. Die damalige Bundesregierung unterstützte Nordstream 1 mit einer kartellrechtlichen Sondererlaubnis und Kreditbürgschaften. Im

Sinne der Diversifizierung und zur Vermeidung einseitiger Abhängigkeit hätte neben den Leitungen aus Russland auch für ein leistungsfähiges LNG-Terminal gesorgt werden müssen und dafür, dass der Füllstand von Gasspeichern in Deutschland sich ausschließlich an deutschen und europäischen Interessen orientiert. Jetzt muss die Einsicht unter Druck umgesetzt werden, dass erneuerbare auch heimische Energien sind, die allenfalls mit geringen Auslandsabhängigkeiten verbunden sind.

„Wandel durch Handel“ und „Wandel durch Verflechtung“ sind keineswegs als chancenlos entlarvt. Sie können, klug eingesetzt, auf zwei starke Stützen bauen: die von allen autoritären Regimen und Diktaturen gefürchtete „Strahlkraft“ des „Westens“ und den Umstand, dass bisher immer zwischen Wohlfahrt und Wohlstand eines Landes einerseits und der Offenheit seines Regierungs-, Gesellschafts- und Wirtschaftssystems andererseits ein unauflöslicher Zusammenhang bestand – und nach aller Voraussicht auch in Zukunft bestehen wird.

8. Dissonanz der Interessen – das Putin-Regime und Russland

Russlands Sicherheitsinteressen sind durch seine Größe gewahrt, sein militärisches Potential geht über das dafür erforderliche wohl sogar hinaus. Die von Präsident Putin behaupteten angeblichen „russischen Sicherheitsinteressen“ sind nicht legitim. Sie sind keine Interessen Russlands, sondern Interessen des gegenwärtigen Regimes und seiner Begünstigten. Sie zielen auf Provokation, um durch Konfrontation nach außen für eine Stabilisierung des Regimes im Innern zu sorgen und die Schuld für vielfältige Unterdrückungsmaßnahmen auf angebliche Feinde abzuschieben.

Die Politik der Konfrontation des Putin-Regimes ist nicht im Interesse der russischen Föderation – im Gegenteil: Klarer als viele andere Staaten verweist schon die Geografie Russland auf den Weg der Kooperation. Denn selbst die Sowjetunion mit ihrem weitgespannten Einflussbereich konnte nie die geografischen Grenzen ihrer Binnenlage sprengen. Deshalb gebärdete sie sich zwar in Europa als „saturierte Macht“, die die Grenzen ihres Einflussbereichs respektierte und Militär nur auf ihrer Seite des Eisernen Vorhangs einsetzte. Überall anders aber trat sie ebenso wie das heutige Russland als aggressive Macht auf, die bis hin zum Einmarsch in Afghanistan bemüht war, ihren Einflussbereich auch mit militärischen Mitteln auszudehnen.

Russland kann seine Binnenlage nicht mit imperialen Ansprüchen auf dem Weg der Konfrontation überwinden. Das ist nur auf dem Weg der Kooperation mit Partnern auf Augenhöhe möglich. Die NATO bedroht Russland nicht, auch nicht dessen Regierung. Die von der NATO gestärkte Sicherheit und Stabilität im Baltikum und in Ostmitteleuropa steht Russlands Interessen nicht entgegen – im Gegenteil, sie bietet eine tragfähige Grundlage für Kooperation mit einem Russland, das seinem eigenen Interesse an Kooperation nicht zuwiderhandelt.

Russland müsste seine Wirtschaft diversifizieren und aus der Abhängigkeit von Rohstoffen lösen. Russland müsste entschlossen die rascher als in manchen anderen Regionen voranschreitenden Folgen des Klimawandels bekämpfen – auftauende Permafrostböden, Waldbrände, Überschwemmungen. Russland müsste die Abwanderung gut ausgebildeter junger Menschen stoppen. Russland müsste seinen Bürgerinnen und Bürgern Lebensumstände bieten, die seinen Rückstand bei der Lebenserwartung verkürzen. Russlands Interesse ist deshalb Kooperation. Seine gegenwärtige Führung dagegen setzt auf Konfrontation – weil aus ihrer Sicht Rechtsstaat, Pressefreiheit, eine marktwirtschaftliche Ordnung und Demokratie gefährlicher sind als wirtschaftliche Rückständigkeit, Klimawandel, Brain-drain und die Ursachen des Rückstands bei der Lebenserwartung seiner Bevölkerung.

Selbst wenn man den von der gegenwärtigen russischen Führung möglicherweise aus dem Tschetschenien-Konflikt gezogenen Schluss mitvollzieht, das Hauptproblem der russischen Politik sei, den Vielvölkerstaat Russische Föderation zusammenzuhalten, ist es keineswegs zwingend, einen aggressiv vorgetragenen imperialen Anspruch für den einzigen Weg zu halten, dies zu erreichen. Das Gegenteil ist richtig: Das Narrativ vom „ewig wachsenden Imperium“ ist immer gescheitert. Da das schon die Russische Föderation als ganze treffende Problem ihrer Binnen- und Randlage jedes einzelne ihrer Föderationssubjekte noch weit stärker trifft als den Gesamtstaat, ist Kooperation mit den Nachbarn nicht nur das Interesse Russlands als Ganzes, sondern auch das die Russische Föderation zusammenhaltende Interesse aller ihrer Föderationssubjekte – eine russische Politik vorausgesetzt, die den Verbleib in der Föderation zumutbar macht.

International war nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zunächst sogar ein Führungsanspruch der Russischen Föderation innerhalb der „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ akzeptiert, in der die Mehrzahl der früheren Sowjetrepubliken zusammenarbeiten wollte. Dieser Führungsanspruch und seine Akzeptanz kamen nicht zuletzt in dem Budapester Memorandum von 1994 zum Ausdruck, mit dem die Ukraine sowie Weißrussland und Kasachstan auf Atomwaffen verzichteten und einem Transport der auf ihrem Territorium stationierten Atomwaffen der früheren Sowjetunion nach Russland zustimmten – und sich Russland, die USA und Großbritannien im Gegenzug verpflichteten, die territoriale Integrität der drei Staaten zu schützen. Angesichts der bestehenden wirtschaftlichen Verflechtungen wäre es 1991 und in den folgenden Jahren für alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion mit Ausnahme der drei baltischen Staaten eine positive Perspektive gewesen, einen gemeinsamen Weg zu gehen. Zwei Voraussetzungen hätten dafür erfüllt sein müssen: Die russische Föderation hätte ihren zunächst bestehenden Vorsprung auf dem Weg zu Rechtsstaat, Pressefreiheit, einer marktwirtschaftlichen Ordnung und Demokratie halten und eine Lösung für das Problem finden müssen, wie in einer Gemeinschaft mit so ungleich großen Part-

nern das Vertrauen entstehen kann, dass die Partner auf Augenhöhe agieren. Auch nach dem Krieg gegen die Ukraine ist es nicht unmöglich, dass Russland das für den Kern einer Gemeinschaftsbildung nötige Vertrauen künftig finden kann – aber sicher nicht mit der jetzigen Führung und ebenso wenig in der gegenwärtigen politischen Verfasstheit.

9. Gleichklang der Interessen – Die Ukraine und der „Westen“

Angesichts eines großen Anteils russischsprachiger Bürgerinnen und Bürger, weit verbreiteter familiärer Verbindungen mit Russland, der aus Sowjetzeiten engen wirtschaftlichen Verflechtung und der Energieabhängigkeit lag es nicht im Interesse der Ukraine, sich zwischen Russland und dem „Westen“ entscheiden zu müssen. Das Ideal bleibt, „Westorientierung“ mit guter Nachbarschaft verbinden zu können.

Die Politik der russischen Führung lässt für dieses Ideal nicht nur der Ukraine schon seit langem stetig anwachsend immer weniger Raum – von der militärisch unterstützten Abspaltung Abchasiens (1992) und Südossetiens (2008) von Georgien über die Unterstützung für das Janukowitsch-Regime (2010 bis 2013), die handstreichartige Übernahme der Krim und die Teilbesetzung des Donbass (2014) bis hin zum Überfall auf die gesamte Ukraine am 24.02.2022.

Das hat zu einem weitgehenden Gleichklang der Interessen der Ukraine einerseits und der Interessen Deutschlands und des „Westens“ andererseits geführt: Russland darf diesen Krieg nicht gewinnen. Die weit in die Ukraine vorgedrungenen russischen Truppen müssen zurückgedrängt werden. Die Zone von Terror und Zerstörung soll nicht weiterwachsen, weder in der Ukraine, noch über die Ukraine hinaus nach Russland oder auf das Gebiet von Moldau oder NATO-Mitgliedsländern. Die Kampfhandlungen sollen so schnell als möglich enden. Kriegsverbrechen müssen verfolgt und Kriegsverbrecher bestraft werden.

Sowenig das große Leid der Menschen ungeschehen gemacht werden kann, sollen doch wenigstens die Schäden des Kriegs so schnell als möglich beseitigt werden. Ein Zeichen kann und muss gesetzt werden, dass ein Land, das über Jahrhunderte Teil des russischen Reichs und später der Sowjetunion war, als Rechtsstaat und Demokratie mit einer freien Presse und einer marktwirtschaftlichen Ordnung sicher sein und stabil bestehen kann. Um das zu erreichen, müssen Deutschland und der „Westen“ sich gemeinsam stark und anhaltend engagieren – einerseits sicherheitspolitisch, denn die Ukraine benötigt wirksamere Garantien als die im Budapester Memorandum 1994 vereinbarten, und andererseits wirtschaftlich und finanziell, denn die Ukraine wird die Last ihres Wiederaufbaus nicht allein tragen können.

Die NATO baut massiv die Kräfte zur gemeinsamen Verteidigung ihrer Ostflanke aus. Deutschland wird dazu einen bedeutsamen Beitrag leisten. Der Beitritt Finnlands und Schwedens zur NATO und der Verzicht Dänemarks auf den Vor-

behalt gegen die gemeinsame EU-Verteidigungspolitik setzen Zeichen für gemeinsam wahrgenommene Verantwortung und stärken die Sicherheit gerade auch für Russlands Nachbarn im Baltikum. Auch andere Länder sollten prüfen, was sie zur Stärkung des Zusammenhalts im „Westen“ tun können: Ist Österreichs Neutralität noch zeitgemäß? Oder die der Schweiz? Werden Großbritannien, Norwegen, Island und die Schweiz ihrer Verantwortung gerecht, wenn sie abseits der Europäischen Union stehen? Zumindest sollten die genannten vier Länder sich in fairer Weise gemeinsam mit den EU-Mitgliedern am Wiederaufbau der Ukraine beteiligen.

10. Sicherheitsinteressen der Nachbarn Russlands wahren

Deutschland und der „Westen“ unterstützen die Selbstverteidigung der Ukraine auch mit umfangreichen Sanktionen gegen Russland. Richtig ist, dass eine Aufhebung dieser Sanktionen eine Vereinbarung Russlands mit der Ukraine voraussetzt, die kein Diktat ist, sondern von den Bürgerinnen und Bürgern der Ukraine akzeptiert werden kann. Dies ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine Nachkriegsordnung. Denn diese wird nur stabil sein, wenn sie nicht mit einer Verschärfung der Gefahrenlage für andere Nachbarn Russlands verbunden ist.

Die Erfahrung des Überfalls auf die Ukraine hat allen Nachbarn Russlands die Gefährdungen ihrer Sicherheitslage bewusst gemacht – sogar Russlands langjährigen Partnern: Belarus diktatorische Führung lehnt es ab, das Land in eine Union mit Russland einzugliedern. Kasachstan betont, keine Hilfe bei der Umgehung von Sanktionen zu leisten. Besonders bedroht fühlen sich Georgien durch die russische Präsenz in Abchasien und Südossetien, Moldau durch die verdeckte russische Präsenz in Transnistrien und das Baltikum durch die hochgerüstete russische Exklave Königsberg. Als ein Mittel des Konfliktaustrags müssen die von Deutschland und dem „Westen“ ausgesprochenen Sanktionen eingebunden werden in eine Strategie, die solche Bedrohungen abbaut. Wenn es richtig ist, dass die Wirkung von Sanktionen und Gegensanktionen abhängt vom Verhältnis der Wirtschaftskraft der Gegenspieler, dann spürt Russland zusätzlich zu seiner Belastung durch die Kriegsführung die Sanktionen Deutschlands und des „Westens“ und seine Gegensanktionen rund dreißigmal stärker als Deutschland und der „Westen“ ihre Sanktionen und die Gegensanktionen Russlands. Dazu kommt, dass der Gesamtbetrag des Kapitals, das die Begünstigten des Putin-Regimes aus Russland außer Landes gebracht und im „Westen“ angelegt haben den Gesamtbetrag der Direktinvestitionen von Unternehmen aus Deutschland und dem „Westen“ in Russland vermutlich ebenfalls um ein Vielfaches übersteigt. Deutschland und der „Westen“ haben also eine starke Verhandlungsposition, müssen aber auch rechtzeitig die Prioritäten klären, was sie mit dieser Verhandlungsposition erreichen wollen. Dazu sollten neben dem Einsatz von Kapital der Begünstigten

des Putin-Regimes zum Ausgleich der Schäden in der Ukraine auch Maßnahmen zum Abbau der Bedrohung der Nachbarn Russlands gehören.

11. Generalrevision der China-Politik Deutschlands und des „Westens“

Nimmt man die Zahl der von den Folgen betroffenen Menschen zum Maßstab, dann war nicht der Fall der Mauer in Berlin, sondern die blutige Zerschlagung der chinesischen Demokratiebewegung durch die Volksbefreiungsarmee auf dem „Platz des himmlischen Friedens“ in Beijing das bedeutsamste Ereignis des Jahres 1989. Vor diesem Hintergrund gibt die Erfahrung im Fall Russland allen Anlass, gründlicher noch im Fall China den Ansatz „Wandel durch Handel“ oder „Wandel durch Verflechtung“ laufend zu evaluieren. Die Parallelen im Befund sind bemerkenswert und erschreckend:

- Auch im Fall China setzen Deutschland und der „Westen“ unbeeindruckt weiter auf Handel und Zusammenarbeit in Wirtschaft und Wissenschaft, obwohl die Entwicklung dort seit rund einem Jahrzehnt der Erwartung genau entgegenläuft, auf diese Weise eine Öffnung und Liberalisierung zu unterstützen. Es ist auch im Kontakt mit China ein Irrglaube, man könne „ausschließlich wissenschaftlichen Austausch pflegen“ oder „nur Geschäfte machen“, die chinesische Führung verfolgt mit allen Forschungsprojekten und Auslandsaufenthalten und auch mit allen Geschäften, die sie zulässt, immer auch politische Ziele – und wer sich darauf einlässt, muss auch prüfen, ob er sich in den Dienst dieser Ziele stellen will. Auf dem Weg zu Realismus im Wettbewerb mit China ist die Europäische Union bereits erste Schritte vorangekommen: Anti-Dumping-Maßnahmen, Sicherheitscheck bei internationalen Investitionen, Maßnahmen gegen Wettbewerbsverzerrung durch staatlich hoch subventionierte Investitionen oder Angebote für öffentliche Beschaffungsaufträge.
- Auch im Fall China nehmen Deutschland und der „Westen“ es fast ohne Protest hin, dass völkerrechtliche Verträge mit Füßen getreten werden: Das Vorgehen im südchinesischen Meer missachtet ein Urteil des internationalen Seegerichtshofs. Der schrittweise Abbau der Autonomie von Hongkong verstößt gegen das chinesisch-britische Übergabeprotokoll von 1984. Die Maßnahmen der chinesischen Führung zur Unterdrückung und Sinisierung der einheimischen Bevölkerung in Xinjiang und Tibet widersprechen der auch von China ratifizierten allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Chinas Führung verfolgt das erklärte Ziel, bis 2049 eine sinozentrische Weltordnung zu schaffen – und stellt damit die Vereinten Nationen und alle Institutionen und Normen des internationalen Zusammenwirkens in Frage. Die ökonomische Machtstellung wird rücksichtslos für politische Interessen eingesetzt, wie in Europa Schweden und Litauen erfahren mussten.

- Auch die Kommunistische Partei Chinas setzt erhebliche staatliche Ressourcen ein, um sowohl über Netzwerke Entscheidungsträger als auch über gezielte Informationen oder auch Desinformationen die öffentliche Meinung in Deutschland und im „Westen“ zu beeinflussen. Auch die Kommunistische Partei Chinas setzt erhebliche staatliche Ressourcen ein, um sowohl über Netzwerke Entscheidungsträger als auch über gezielte Informationen die öffentliche Meinung in Deutschland und im „Westen“ zu beeinflussen. Die Methoden ähneln dem aus den Archiven der „Staatssicherheit“ bekannt gewordenen Vorgehen der SED gegenüber der Bundesrepublik – nur verfeinert und aufgefächert, mit um ein vielfaches größeren Ressourcen und mit weltweitem Anspruch.
- Auch im Fall Chinas sind Abhängigkeiten entstanden. Keine dieser Abhängigkeiten ist so prominent wie die von Energie- und insbesondere Gaslieferungen aus Russland, aber in der Summe sind sie gravierender und gefährlicher. In eine Vielzahl von Lieferketten – die Folgen des Shanghai-Lockdowns haben das schlaglichtartig beleuchtet – reißt eine Unterbrechung des Beitrags aus China kurzfristig nicht zu schließende Lücken, unverzichtbare Grundstoffe der Arzneimittelherstellung seien hier als Beispiel genannt.

Präsident Putin wurde kurz vor dem Überfall auf die Ukraine von Präsident Xi Jinping in Beijing empfangen. Nicht bekannt ist, ob Chinas Führung abgeraten oder den Angriffskrieg als „Testlauf“ zur Destabilisierung des „Westens“ gebilligt oder billigend in Kauf genommen hat. Wenn Präsident Putin seine Pläne nicht angesprochen hätte oder sie missbilligt worden wären, bliebe allerdings unverständlich, warum China nicht wie bei anderen Gelegenheiten seine Unterstützung für die Prinzipien territoriale Integrität und staatliche Souveränität betont und sich von Putin klar und deutlich distanziert hat. Manches chinesische Unternehmen ist hier mit Rücksicht auf seine weltweite Marktstellung weiter als die chinesische politische Führung.

12. Das wichtigste Kapital Deutschlands und des „Westens“: die Strahlkraft der „freien Welt“

Der Überfall auf die Ukraine hat Deutschland und dem „Westen“ eine Bedrohung vor Augen geführt, die schleichend schon viel länger bestand. Im Angesicht des russischen Truppenaufmarschs, des Angriffs und der Kriegsverbrechen hat der „Westen“ zu eindrucksvoller Geschlossenheit gefunden. Aufgabe politischer Führung ist es, diese Geschlossenheit auch dann zu wahren, wenn die Bedrohung weniger offensichtlich ist. Das Siebtel der Weltbevölkerung, das den „Westen“ ausmacht, muss wissen, dass es nur gemeinsam gegen die Autokratien und Diktaturen der Welt die Strahlkraft des Gegenentwurfs von Rechtsstaat, Pressefreiheit, marktwirtschaftlicher Ordnung und Demokratie zur Geltung bringen kann.

Deutschland und der „Westen“ müssen ihre Politik gegenüber Ländern wie Russland und China eng und transparent abstimmen. Je geschlossener Deutschland und der „Westen“ bis hin zu wirtschaftlichen Fragen gegenüber den Diktaturen dieser Welt auftreten, desto stärker ist ihre Verhandlungsposition. Jede Sonderbeziehung dagegen ist ein Einfallstor für Zwietracht und Desinformation und mindert die Strahlkraft der „freien Welt“.

Die Politik in Deutschland und dem „Westen“ muss die Strahlkraft der „freien Welt“ als ihren stärksten Trumpf und deren Stärkung als den wichtigsten Beitrag dazu verstehen, den Systemwettstreit mit den Diktaturen dieser Welt zu ihren Gunsten zu entscheiden. Zu vieles hat diese Strahlkraft seit dem Untergang des Warschauer Pakts und der Sowjetunion verdunkelt – so etwa:

- Die Unfähigkeit, Präsident Jelzin nach 1991 bei der Umgestaltung der Sowjetwirtschaft wirksam Rat und Hilfe zu geben – wegen der sozialen Folgen der russischen Privatisierungspolitik halten viele in Russland „Verwestlichung“ und Demokratie für Schimpfworte.
- Die Lügen vor Beginn des Irak-Kriegs 2003 und Verbrechen wie in Abu Ghraib – gerade bei vielen Muslimen ist der Eindruck entstanden, der „Westen“ und seine Führungsmacht scherten sich selbst kein bisschen um die von anderen eingeforderten Werte.
- Die Immobilienblase, der Zusammenbruch von Lehman Brothers und die Finanzkrise 2008 – sogar im „Westen“ selbst haben viele den Eindruck gewonnen, Spekulation und Egoismus zahlten sich aus, ehrliche Arbeit nicht.
- Die Eurokrise 2010 – der Eindruck war, auf den Zusammenhalt der Europäischen Union und auf vereinbarte Regeln würde jeder nur solange achten, wie das mit seinem Egoismus vereinbar sei.
- Das Ergebnis des Brexit-Referendums 2016 – die Europäische Union als eine Säule des „Westens“ wirkte plötzlich spaltbar.
- US-Präsident Trump und der Sturm auf das Kapitol im Januar 2021 – ein Präsident der Führungsmacht des „Westens“ erweckte den Eindruck, seine Niederlage bei der Wahl mit Gewalt ungeschehen machen zu wollen.
- Die Fluchtbewegungen in und aus vielen Ländern der Welt – die in fast allen Ländern des „Westens“ zum Hauptpropagandathema antidemokratischer oder rassistischer politischer Formationen geworden ist.
- Die seit Jahren anschwellende und immer klarer belegte Klimakrise – gegen die offenkundig auch in Deutschland und im „Westen“ bisher nicht die Maßnahmen ergriffen wurden, die erforderlich wären, damit nur so viel CO₂ und andere Klimagase emittiert werden, wie das dem gerechten Anteil Deutschlands und des „Westens“ an einer Weltgesamtemission entspricht, die mit dem Einhalten des Ziels vereinbar ist, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen.

Was immer die Strahlkraft unserer Ordnung verdunkelt, die auf Rechtsstaat, Pressefreiheit, eine marktwirtschaftliche Ordnung und Demokratie setzt, wird von den Diktaturen dieser Welt als Pluspunkt in der ideologischen Auseinandersetzung verbucht. Wenn Deutschland und seine Partner im „Westen“ und der „freien Welt“ diese Auseinandersetzung gewinnen und damit ihre Verantwortung für eine Zukunft wahrnehmen wollen, in der an Freiheit, Frieden und dem Streben nach Glück möglichst alle Menschen teilhaben, dann müssen sie auf die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas als Kooperationspartner auf Augenhöhe bei der Lösung der Probleme der Welt zugehen, von Fall zu Fall und so oft wie möglich Allianzen schmieden und vor allem: gemeinsam für Glaubwürdigkeit sorgen, jeder seinen Beitrag zur Lösung der Probleme der Welt leisten und nicht zuletzt seine eigenen Probleme lösen.